

KOMMENTARE



Was machst Du da?

So könnte ein Gespräch über das Internet beginnen

▶ AMIEN IDRIES

Erinnert sich noch jemand an den Verein „Schulen ans Netz“? Das Ziel der 1996 gegründeten Initiative war es, alle Schulen in Deutschland mit kostenlosem Internetzugang auszustatten. Nur 800 der damals 35 000 Schulen waren an das globale Netzwerk angeschlossen. Deutschland galt als „mediale Wüste“ und drohte den digitalen Anschluss zu verlieren. Bereits 2001 war dann der Gründungsauftrag des Vereins erreicht. Inzwischen hat er sich aufgelöst. Mission erfüllt!

Denke. Die Geschichte des Vereins steht sinnbildlich für ein großes Missverständnis, das mit dem Aufkommen der Neuen Medien verbunden war. „Wir müssen unserem Nachwuchs nur die notwendige Hardware zur Verfügung stellen, dann funktioniert das schon“, lautete der Grundgedanke. Doch heute zeigt sich, dass die Antworten auf die neuen Herausforderungen und Möglichkeiten deutlich differenzierter ausfallen müssen.

Weil es eben nicht nur um Technik geht. Die Neuen Medien haben unseren Alltag derart nachhaltig verändert, dass sie zwangsläufig auch zu kulturellen Veränderungen führen. Das begann mit Kleinigkeiten wie der zunehmenden Unverbindlichkeit bei Verabredungen, weil man jederzeit per Handy sein Zuspatkommen vorab entschuldigen konnte. Geht weiter bei signifikanten Änderungen der Kommunikation durch anonyme Forenkultur oder Shitstorms. Und endet nur vorläufig beim fortwährenden Nachrichtentromm über Facebook, Twitter & Co., der uns User in ständige Alarmbereitschaft versetzt und die politische Kultur des Landes beschleunigt.

Wer unsere Kinder und Jugendlichen medial fit machen will, kann eben nicht nach der Ausstattung mit PC und Breitband-Internet Stopp machen. Nein, er muss Antworten auf die über allem stehenden Fragen ge-

ben: Was macht das Internet mit uns? Wie reagieren wir darauf?

Das Problem ist, dass die, die diese Fragen beantworten sollen, selbst (noch) keine Antworten haben. Sie gehören zu der letzten Generation, die in einem überschaubaren medialen Umfeld groß geworden ist, und erst mit und mit den wahlweise Fluch oder Segen der Neuen Medien kennengelernt hat. Diese Eltern- und Lehrergeneration hinkt dem Nachwuchs, der natürlich in das Internet-Habitat hineingewachsen ist, zwangsläufig hinterher. Kaum hat sie die eine Anwendung begriffen, geht im Netz schon wieder das nächste große Ding ab und lässt Mama, Papa und Klassenlehrerin wieder einmal ahnungslos zurück.

Dies führt bei nicht wenigen zu einer Abwehrhaltung, die häufig in Kulturpessimismus mündet. Durch die „digitale Demenz“ gehe alles den Bach hinunter und deshalb müsse man die Kinder und Jugendlichen rigoros schützen. Was diese modernen Bildschirmstürmer aber nicht bedenken, ist, dass ihre Kinder und Enkel das alles ziemlich wenig interessiert. Sie sind eh online und lassen sich durch Verbote oder schulische „Schutzräume“ nicht davon abhalten.

Läuft es also auf ein Laissez-faire hinaus? Mitnichten. Eltern und Lehrer müssen sich soweit mit dem Netz vertraut machen, dass sie sich auf Augenhöhe mit ihren Kindern bewegen. Wer mit seinen Warnungen vor Facebook ernst genommen werden will, sollte mehr über das soziale Netzwerk wissen, als das übliche „Teufelszeug“-Mantra: „Die sammeln alle unsere Daten.“

Bis dahin kann, wer keine Antworten hat, zumindest die richtigen Fragen stellen. Und zwar nicht, um zu kontrollieren, sondern um ins Gespräch zu kommen, zu lernen. Als erste vielleicht diese: „Was machst Du da im Internet? Zeigst Du mir das mal?“

▶ a.idries@zeitungsverlag-aachen.de



Gespaltenes Italien

Europa braucht eine stabile Regierung in Rom

▶ BETTINA GABBE (ROM)

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die wirtschaftliche, politische und soziale Krise in Italien harrt auch nach dem von allen politischen Lagern veranstalteten Wahlkampfetöse unverändert dringender Lösung. Ging es vor dem Urnengang darum, sich möglichst klar von allen Konkurrenten inklusive der möglichen Koalitionspartner abzugrenzen, so erscheint nun eine Rückkehr zum Dialog als dringend erforderlich.

Das Wahlergebnis spiegelt das Bild einer zutiefst gespaltenen Nation. Widersprüche zwischen dem landwirtschaftlich geprägten Süden und dem mittlerweile hoch industrialisierten Norden konnten weder die Regierung in Rom noch finanzielle Unterstützung für den armen Mezzogiorno ausgleichen. Sie spiegeln sich bis heute in konservativen Mehrheiten im Süden und mehr Vertrauen in linksbürgerliche Parteien im Norden wider.

Binnen weniger Wochen geriet im Wahlkampf in Vergessenheit, dass die beiden großen Parteien rund ein Jahr lang unter dem Druck der Finanzkrise zwangsweise eine Große Koalition bildeten. Nur so schienen eine Zahlungsfähigkeit Italiens unter dem Übergangspräsidenten Mario Monti abgewendet werden zu können.

Obwohl Monti verlorenes Vertrauen in Italien zurückgewinnen konnte, braucht Italien nichts so sehr, wie eine stabile Regierung. Sie muss Europa und den Finanzmärkten die Angst vor einer Rücknahme der Reformen des vergangenen Jahres nehmen.

Zuletzt warb selbst der Sanierer Mario Monti mit Steuersenkungen um Wählerstimmen. Von den Linksökologen um Nicki Vendola und dessen Kritik an mangelnden Investitionen zur Belebung der Wirtschaft sowie an Europas Sparkurs wollte Monti nichts wissen. Angesichts des Wahlergebnisses gilt es nun, zu einer parteiübergreifenden Einigung zu gelangen. Diese müsste zunächst den Italienern selbst neues Vertrauen in ihre Politikerklasse einflößen.

Vorbild Schröder

Die zur Belebung der taumelnden Wirtschaft nötigen Reformen – wie eine Öffnung des verkrusteten Arbeitsmarkts – könnte am ehesten eine Mitte-Links-Regierung unter Beteiligung von Monti gegen Protest aus dem eigenen Lager durchsetzen. Schmerzhaft Reformen kosteten Gerhard Schröder und die SPD zwar einst die Zustimmung der Wähler. Durch grundlegende Änderungen im Aufbau des Sozialstaats legte er jedoch die Grundlage für die Gesundheit des damals als kranker Mann in Europa geltenden Deutschland.

Eine stabile Regierung, in der die unterschiedlichen Parteien sich nicht gegenseitig blockieren, nutzt Europa mit seinen Ängsten vor einem Abrutschen Italiens in eine schwere Finanzkrise und damit unkalkulierbaren Folgen für den Euroraum. Neuwahlen würden bei der aktuellen Lage andererseits vermutlich ohnehin kein wesentlich klareres Ergebnis herbeiführen.

▶ az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Italienische Achterbahnfahrt

Nach den Prognosen rauf, dann nach den Hochrechnungen runter. Oder umgekehrt. Italien macht es spannend mit der **Schicksalswahl**. Und doch standen ein großer Gewinner und ein großer Verlierer fest.

VON HANNS-JOCHEN KAFFSACK

Rom. Es war eine typische italienische Achterbahn. Erst sagten die Wahlprognosen einen Triumph der Linken voraus, allein die Lombardi müsse für einen Sieg noch genommen werden. Dann kamen die Hochrechnungen und schienen alles wieder zu kippen. Silvio Berlusconi liege mit seinem Mitte-Rechts-Bündnis im Senat überraschend vorn. Ein Erfolg der Linken fünf Jahre nach dem Sturz von Romano Prodi war wieder in weite Ferne gerückt. Berlusconi-Gegner und europäische Märkte machten diesen Schwenk von der Euphorie zum Katzenjammer prompt mit, die Erleichterung über ein leicht regierbares Italien schwand dahin. Doch alles wie früher, schien es. Verwirrung total.

Am Abend dann wieder der Schwenk zurück. Die Linke lag, wenn auch nur leicht, in beiden Kammern vor dem doch sehr starken Berlusconi. Hochrechnungen zeigten, mit welcher Sitzverteilung zu rechnen sei: Keine Probleme, dank des Wahlrechts, in der Abgeordnetenversammlung, wohl aber im Senat. Dort dürfte die Linke die Mehrheit verfehlen und darum für das Regieren einen Partner brauchen. Keine einfache Sache.

Sturm auf die Ewige Stadt

Dabei hatten die Hochrechnungen wie auch die ersten Auszählungen doch bereits mindestens einen großen Sieger und auch einen großen Verlierer gebracht. Ein geradezu sagenhafter Durchbruch bahnte sich für die populistische Protestbewegung „Fünf Sterne“ des Komikers Beppe Grillo an. Er möchte die Politikerklasse aus Rom werfen und hat die Jugend zum politischen Sturm auf die Ewige Stadt aufgerufen. Um die 25 Prozent pendelte seine „Bewegung“ im Abgeordnetenhaus wie im Senat – ein grandioser Schlag dieser einst im Internet geborenen Anti-Establishment-Gruppierung. Sie hatte bislang nur bei regionalen Wahlen etwa auf Sizilien oder bei lokalen Urnengängen punkten können.

Der große Verlierer dieser Parla-



Er wird wahrscheinlich Italiens nächster Regierungschef: Pier Luigi Bersani bei der Stimmabgabe. Foto: afp

Homo-Ehe und mehr: Die Schwestern streiten

CSU und Konservative in der CDU machen mobil gegen die Pläne der Bundeskanzlerin

VON GREGOR MAYNTZ

Berlin. Kaum waren die Nachrichten vom Umdenken der CDU-Spitze in Sachen Homo-Ehe in der Welt, schwangen sich die Modernisierer bei der Union zum medialen Applaus auf. Doch die Konservativen tun sich äußerst schwer. Sie haben nicht nur selbst Bauchschmerzen bei dem Gedanken, nach Atomkraft und Wehrpflicht nun auch noch die letzte Bastion Familienbild eigenhändig zu schleifen. Sie sorgen sich auch um die Botschaft der Union für ihre Stammwähler. Dahinter steht auch ein Streit um das richtige Wahlkampfkonzept.

Zwei Mal hat Angela Merks Wahlkampfteam bereits Erfolg mit dem Konzept der „asymmetrischen Demobilisierung“ gehabt. Das ist die Formel für das Wahlziel, dass mehr Anhänger der anderen nicht zur Wahl gehen als eigene Fans. Schwupps hat man gewonnen. Die CDU-Chefin räumt deshalb Konfliktthemen ab: Nun soll



„Lasagne Italiano!“

Karikatur: Tomicek

mentswahlen ist ganz sicher der Wirtschaftsprofessor aus Norditalien: Mario Monti hatte dem Land im vergangenen Jahr schmerzhafte Reformen verordnet und war dann mit einem Bündnis der bürgerlichen Mitte in den Wahlkampf gezogen – als bedächtiger Mann der Mitte, der eigentlich kein Politiker ist. Wie die Umfragen vor den Wahlen schon vorhersagten, wurde er zwischen den lautstark rivalisierenden Bündnissen zerrieben. Auch als denkbarer Bündnispartner des sozialdemokratischen Lagers um Pier Luigi Bersani könnte er keine großen Ansprüche mehr stellen. Alle hatten sich im Wahlkampf gegen ihn gestellt. Auch die Schützenhilfe aus Europa

für den ehemaligen EU-Kommissar kam in Italien nicht gut an.

Ob Berlusconi mit seinem Comeback letztlich zu den Gewinnern zu zählen ist, blieb zunächst offen. Aber er hatte zumindest erfolgreich eine Aufholjagd geführt. Dass man das Krisenland so womöglich nicht regieren könne und es schon bald wieder Neuwahlen geben müsse, das beklagten Enrico Letta und Stefano Fassina von Bersanis Partei PD (Demokratische Partei) bereits nach den ersten Hochrechnungen. „Mit dem Ergebnis hat das Land große Probleme“, so Fassina zur unklaren Situation, dem Debakel Montis und dem Grillo-Coup.

„Wir werden das Parlament aufreißen wie eine Thunfischbüchse“, hatte der für aggressive und süffige Wortmeldungen bekannte Grillo seinen Hunderttausenden überwiegend jüngeren Fans zugerufen. Dieser Norditaliener spaltet das Land, seine Internet-Bewegung nach dem Muster der Piraten schien dabei kaum noch zu stoppen. Alteingesessene Parteien werfen ihm Populismus vor. Grillos Anhänger denken derweil so: Sand im Getriebe tut not, denn das Parlament ist nur ein Selbstbedienungsladen für die „Kaste“.

Protestwähler und Politikverdrossenheit in dem immer wieder von Korruptionsswellen überschwemmten Italien konnten nicht überraschen. Mit Grillo musste gerechnet werden, so tief

ist bei vielen Italienern die Abneigung gegen eine Politikerklasse, die sich seit Jahrzehnten Posten und Privilegien zuschustere und in Korruption verstrickt sei.

Grillo sagt jedoch auch etwas, das die Europäer wohl aufhorchen ließ: „Das italienische Volk wird in einem Referendum entscheiden, ob wir in der Euro-Zone bleiben oder nicht.“ Das brachte Berlusconi dazu, es ihm mit herben Parolen gegen Berlin und Brüssel gleichzutun. Aber ist es das, was Italien in der Wirtschaftskrise braucht? Ja, sagt der 64-jährige Lockenkopf aus Genua mit der spitzen Zunge, genau das braucht das ausgelaugte Land, saubere Politik und saubere Umwelt.

Die zwei Kammern des italienischen Parlaments

Das italienische Parlament besteht aus zwei Kammern: Dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Beide Kammern werden neu gewählt. Während die Sitze im Abgeordnetenhaus auf nationaler Ebene vergeben werden, erfolgt die Auszählung im Senat auf regionaler Basis. Wegen der verschiedenen Verfahren kann es in den Kammern zu unterschiedlichen Mehrheiten kommen. Das kann das Regieren schwierig machen, da Gesetze von beiden Kammern verabschiedet werden müssen. (dpa)

„Es gibt keinen Grund für einen Schnellschuss oder gar eine Kehrtwende.“

GERDA HASSELFELDT, CSU-LANDESGRUPPENCHEFIN

sich zwar im Steuerrecht vorstellen, zu einem Wechsel vom Ehegatten- zum Familiensplitting zu kommen, wenn denn die jetzt betroffenen Ehen einen „Bestandsschutz“ bekämen. Doch bei der völligen Gleichstellung Schwuler im Adoptionsrecht verweigert er den Kurswechsel. Hier dürfe man „nicht vom gleichgeschlechtlichen Partner aus denken“, gibt er zu Protokoll. Wichtig sei es vielmehr, zuerst das Interesse des Kin-

des im Auge zu behalten. Und da sei es „immer noch besser, wenn es mit Mutter und Vater zu tun hat, statt mit Papa und Mama und Mama und Mama“, so Geis. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt flankiert die Bedenken. Es gebe „keinen Grund für einen Schnellschuss oder gar eine Kehrtwende“.

Der konservative „Berliner Kreis“ tritt ebenfalls auf die Bremse. Sein Mitglied Wolfgang Bosbach spricht von „Irritationen im Kollegienkreis“ und weist darauf, dass es einen „klaren Parteitagbeschluss zum Thema Ehegattensplitting“ gebe. Gegenüber unserer Zeitung sagt Bosbach: „Sollte es im Kern darum gehen, strittige Positionen zu räumen, um im Wahlkampf möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, dann stellt sich die Frage, ob auch an andere Kurskorrekturen gedacht wird, beispielsweise beim Thema doppelte Staatsangehörige und EU-Mitgliedschaft der Türkei.“ Was Bosbach selbst davon hält? „Die Union muss gegenüber der politischen Konkurrenz immer die klare politische Alternative sein, nicht nur eine Variante anderer Parteien.“

Laschet: Wer alles fördert, fördert am Ende nichts

Auch in der Führung der nordrhein-westfälischen CDU formiert sich Widerstand gegen Pläne innerhalb der Bundespartei, homosexuelle Lebenspartnerschaften steuerrechtlich mit Ehepaaren gleichzustellen. Der Staat solle Kinder fördern, „und nicht Lebensformen“, verlangte der Landesvorsitzende Armin Laschet gestern. „Wer alles fördert, der fördert am Ende gar nichts.“ Laschet, der zugleich CDU-Bundesvize ist, sprach

sich dafür aus, das bisherige Ehegattensplitting durch ein Familiensplitting zu ersetzen. Die Nichtdiskriminierung homosexueller Lebenspartnerschaften bedeute nicht, dass der Staat jede Lebensform fördern müsse. Laschet verwies darauf, dass erst der jüngste CDU-Bundestag im Dezember eine steuerliche Gleichstellung von „Homo-Ehen“ mit großer Mehrheit abgelehnt habe. (kna)